



## Vom Wesen eines Despoten



Ein Despot

kennzeichnet eine Spezies Mensch, mit der wir es mittlerweile auch in unseren demokratischen Gefilden immer häufiger zu tun haben. Ein klassisches Beispiel hierfür, wie der „neu-osmanische“ Sultan vom Bosphorus, obgleich eigentlich demokratisch legitimiert, dennoch autoritär-despotisch regierend, kennen wir bereits zur Genüge. Aber auch in überschaubareren Zusammenhängen und Strukturen stellen sich despotische Charakterzüge als menschliche Eigenschaft oder besser gesagt, als Makel, sehr schnell in den Vordergrund. Sicherlich ist dies auch dem Umstand geschuldet, dass eben nicht jeder durch einen Listenplatz „hochgespülte“ Parteisoldat für Positionen mit Machtausübung und großer Verantwortung geeignet ist. Wer aufgrund seiner ideologischen Ausrichtung ohnehin glaubt, allen Andersdenkenden „überlegen“ zu sein, neigt besonders zur Despotie.

*(Von cantaloop)*

Als signifikantes Beispiel hierfür sind wohl der SPD-Vize Stegner und [Grünen-MdB Künast](#) besonders hervorzuheben. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterdrücken diese beiden bereits all diejenigen, die ihre zutiefst fragwürdigen Intentionen nicht gutheißen und teilen. Seit dem Erstarken der Westlinken/Grünen – und insbesondere dem Fundi-Flügel derselben – ist die Anzahl der „ach-so-Vernünftigen“ vermeintlich „Besorgten“, die jedoch keine Meinung außerhalb ihres begrenzten Spektrums gelten lassen, spürbar angestiegen.

Exemplarisch für viele Regierungsvertreter seiner „Art“ soll hier ein sozialdemokratisch geprägter, eher kleingeratener Justiz-Minister mit keckem Bubengesicht stehen, der allseits bekannt – und dessen Handlungsweise im Amt zwischenzeitlich für keinen christlichen deutschen Bürger mehr nachzuvollziehen ist. Vielmehr ist das großzügige Unterstützen des politischen Islams auf allen Ebenen offenbar seine wahre Leidenschaft. Er steht ebenfalls im Rufe, despotisch veranlagt zu sein und für keinerlei Selbstreflektion oder gar Kritik offenzustehen. In Ermangelung einer „echten“ Opposition im Bundestag, in dem sich die mittlerweile gleichgeschalteten Polit-Protagonisten ob ihrer großen geistigen Ergüsse nur noch gegenseitig auf die Schulter klopfen, ist das auch nicht weiter verwunderlich. Im Übrigen stellt dieser Sachverhalt eine wunderbare Analogie zu den derzeit regierenden Euro-Schapsnasen in Brüssel dar. Auch diese eitlen Gecken können, beweihräuchert von ihren Claqueuren, schalten und walten, wie sie es für gerade „richtig“ halten – und Kritik daran erklären sie einfach als „nicht zulässig“.

Zitat [Jean-Claude Juncker](#):

*„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (Quelle: Der Spiegel, Dez. 1999)*

Die moralisch begründete Hybris indes, die unter kompletter Missachtung bestehender Gesetze und bewährter Regularien ganz im Sinne des vermeintlich „Guten“ handelt, ist ein neuerliches Phänomen – und ganz sicher auch eng mit dem rasanten institutionellen Aufstieg und der allgegenwärtigen Präsenz der Post-68er-Generation verknüpft. Dieser scheinbar hohe moralische Anspruch – mit dem Vorteil, immun gegen jede rationale, faktenbasierte Kritik oder Anregung zu sein, den just diese Menschen gerne bei anderen anlegen -, ist natürlich vorzüglich dazu geeignet, jenseits jeglicher „Angreifbarkeit“ seine eigenen Ziele durchzusetzen. Gerne wird dies noch mit einer neuerlich-raffinierten Argumentations-Strategie namens [„ad hominem“](#) kombiniert. Die weitestgehend sterilisierte und genderkonforme Sprachregelung gereicht ihnen dabei ebenfalls zum Vorteil. Das somit entstandene politisch korrekte „Neusprech-Kauderwelsch“ bringt sogar verbale „Schwergewichte“ wie den stakkato-schwäbisch parlierenden [EU-Kommissar Oettinger](#) bisweilen in arge Bedrängnis.

So zementiert sich die derzeit despotisch regierende Bundeskanzlerin abseits jedweder Vernunft oder Logik ihr eigenes Denkmal und Vermächtnis als angeblich humanitäre Größe. Auf die Meinung Andersdenkender legt sie herbei keinerlei Wert mehr. Wer berauscht von seiner eigenen Überlegenheit agiert – und sowohl im realen als auch im politischen Leben nur noch von Günstlingen und [kadavergehorsamen „Ja-Sagern“](#) umgeben ist, der wird eben irgendwann vom sogenannten „Sonnenkönig“-Syndrom befallen. Der Despotismus stellt dann die Staatsraison dar. Luis quatorze – „le roi soleil“ lässt grüßen.

Da in der Politik aber bekanntermaßen alles seine Zeit braucht und auch die demokratischen Selbstreinigungskräfte im Lande nur noch eingeschränkt und sehr retardiert funktionieren, so dauerte es doch sehr lange, bis ein natürliches Regulativ zu den derzeit herrschenden Blockparteien entstand, um das entstandene politische Vakuum zu füllen, das der selige Franz-Josef Strauß in seinen Lebzeiten tunlichst zu verhindern

suchte. Da zwischenzeitlich rechts der CDU/CSU reichlich „Platz“ vorhanden ist, wird auch diese Lücke alsbald geschlossen werden. Von demokratisch legitimierten Politikern eines bürgerlich-konservativen Spektrums, die dem Ausverkauf ihres Heimatlandes aufgrund des moralischen Imperatives von linken und grünen Dogmatikern und zu Gunsten eines immer aggressiver auftretenden Islams nicht mehr länger zuschauen können. Und dafür wird es allerhöchste Zeit, denn nichts ist derzeit unnötiger im gebeutelten Deutschland als grüne und „linkstransformierte“ Despoten – die im Gewande eines „Gutmeinenden“ daherkommen.

---



## **Mülheim/Ruhr: Sympathisantin Teppich-Messer Polizeibeamte los**                      **ISIS - geht mit auf**

☒ Der heutige Einzelfall aus dem Bereich korankrank (politisch korrekt: psychisch gestört, verwirrt, traumatisiert) ereignete sich am Sonntagmorgen in Mülheim an der Ruhr. Die Beamten waren gerufen worden, weil eine 53-jährige Islamkonvertitin in ihrer Wohnung randalierte und Einrichtungsgegenstände aus dem Fenster warf. Damit war sie offenbar so ausgelastet, dass sie den Beamten die Tür nicht

öffnen konnte. Diese wurde daraufhin von der Polizei eingetreten. Die Vollverschleierte ging [unter Allahu akbar-Geschrei](#) unmittelbar mit einem Teppichmesser auf die Polizisten los. Allah mag zwar in ihren Augen größer sein, die deutschen Kuffar-Beamten waren aber stärker und überwältigten sie. In ihrer Wohnung wurden Flaggen mit Bezug zum IS sicher gestellt. Die Frau soll vor 16 Jahren zum Islam konvertiert sein und war schon früher mit Symbolen der Terrorgruppe Al-Nusra-Front aufgefallen.

---



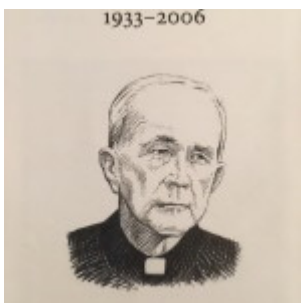
## Daimler will geforderte Fachkräfte umverteilen

✘ Daimler-Personalchef Wilfried Porth (Foto) war einer derer, die vor gar nicht allzu langer Zeit nach mehr Zuwanderung gerufen haben. Noch [im November 2015 tönte](#) er, ähnlich wie die Kanzlerin: „Wir können das stemmen“, und bekräftigte, er sei ganz auf Merkel-Linie in dieser Frage. Auch fehlende Qualifikationen stellten damals für ihn kein Hindernis für die Beschäftigung der Merkelgäste dar. Heute, wo rausgekommen ist, dass die DAX-Unternehmen insgesamt [weniger als 100 der Hoffnungsträger](#) für die deutsche Wirtschaft eingestellt haben und seitens der Politik [nach mehr Engagement gerufen wird](#), lamentiert Porth sich rechtfertigend, man könne die sozialen Aufgaben nicht bei der Wirtschaft abladen.

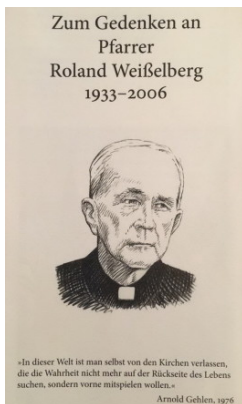
(Von L.S.Gabriel)

Nun fordert er, die von ihm und seinen Börsenjunkies einst händeringend verlangten Zuwanderer doch zulasten der Klein- und Mittelbetriebe und deren Arbeitnehmer umzuverteilen. „Wir müssen uns überlegen, wie wir die Flüchtlinge im Land und bezüglich der vorhandenen Arbeitsplätze verteilen“, so Porth, angesichts der Erkenntnis, dass die hereingebeten „Ingenieure und Physiker“ zu 20 Prozent Analphabeten sind und der Großteil der anderen entweder gerade einmal Grundschulniveau oder kein Interesse daran hat zu arbeiten. Wenn andere das Problem haben, ist es ihm dann wohl auch egal, dass nicht gelingen kann, was er naiv und großspurig vor einem Jahr versprach: „Es muss uns gelingen, dass die fehlende formale Qualifikation nicht automatisch nur zu einer Beschäftigung als An- und Ungelernter führt“, so Porth damals. Das war offenbar doch nicht zu stemmen.

Wäre der irrwitzige Plan, deutsche Arbeitnehmer gegen willige Zuwanderungssklaven auszutauschen, gewinnbringend verlaufen, würde Wilfried Porth sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, den Kuchen aufzuteilen. Schließlich können Großunternehmen auf kein Talent verzichten.



# 10 Jahre Selbstverbrennung Pfarrer Weißelberg



Heute jährt sich der [Todestag des evangelischen Pfarrers](#) Roland Weißelberg zum zehnten Mal. Am Reformationstag im Jahr 2006 verbrannte sich der damals 73-jährige evangelische Pfarrer aus Protest gegen die Kollaboration der Evangelischen Kirche bei der Islamisierung Deutschlands. Weißelberg war ein Kämpfer, hatte sich schon zu DDR-Zeiten [mit der SED angelegt](#). Es war nicht mangelnder Kampfgeist, der ihn zu dieser grausamen Tat gegen sich selbst veranlasste. Er tat es [aus Protest](#). Am Vormittag des 31.10.2006 zündete sich der Pastor im Ruhestand während der Messe in der Baugrube des Augustinerklosters zu Erfurt an. Tags darauf erlag er im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

Heute steht seine Kirche aber fester hinter dem Islam als er es vermutlich ertragen hätte. [Bischöfe verleugnen für den Islam](#) und seine Vertreter, die die Christen ausrotten wollen, das christliche Kreuz, die Kirchen werden vom Islam mit Einwilligung und sogar Einladung ihrer Amtsträger entweiht, [Kirchen brennen](#), von den Kanzeln [ertönt der islamische Schlachtruf](#) zum Töten der Ungläubigen. Wer innerhalb der Kirche sich auflehnt wird [aus den eigenen Reihen fertig gemacht](#). War sein Opfer also umsonst? Lebend hätte uns Roland Weißelberg mit Sicherheit noch viel zu geben gehabt und dem Widerstand den Rücken stärken können. Aber könnte er sehen, was sich heute in Thüringen in Sachen Widerstand gegen die

Islamisierung tut, wüsste er, dass vielleicht nicht alle seine Worte vom Nebel aus falscher Toleranz und Schuld kult verschluckt wurden. Dass seine Ängste um die Christen, seine Sorgen um unser Land heute von Tausenden geteilt und Warnungen, die die seinen sein könnten, europaweit von Pegida und deutschlandweit von der AfD auf Kundgebungen mit teils mehreren Tausend Menschen über Lautsprecher verbreitet werden.

Die Islamisierung, wie Pfarrer Weißelberg sie sah, findet statt und wir brauchen heute mehr denn je Menschen, die das nicht hinnehmen wollen. Wir müssen darauf achten, keinen unterwegs zu verlieren oder allein zu lassen mit seiner Angst, Verzweiflung oder Wut und kein Opfer des Islams zu vergessen.

Zur Erinnerung an den zehnten Jahrestag der Selbstverbrennung von Pfarrer Roland Weißelberg hat Prof. Armin Geus ein Falblatt drucken lassen, das bei der Basilisken-Presse für eine Schutzgebühr von 70 Cent bestellt werden kann: Basilisken-Presse Marburg, Prof. Armin Geus, Hirschberg 5, 35037 Marburg a.d.Lahn, Tel.: 06421-15188.







# Samuel Schirmbeck: Aufruf zur Islamkritik

✘ Samuel Schirmbeck hat als Nordafrika-Korrespondent eine schleichende Islamisierung erlebt und warnt vor einem „Kreuzzug des Islam“. Er fordert Mut zur offenen Islamkritik – und macht die Linken mitverantwortlich dafür, dass der radikale Islam sich in Westeuropa ausbreitet. *„Die Leute, die islamkritisch sind, die sind ja nicht islamophob: Sondern sie sind nur gewaltophob, intolerantophob, sie sind homophobophob. Sie lehnen am Islam das ab, was wir ja auch hatten: die Frauenfeindlichkeit, die Intoleranz im Namen einer Weltanschauung. Und wir haben uns nun endlich mit größter Mühe davon getrennt – und nun wollen die Leute nicht, dass das unter dem Deckmantel der Religion wieder ins Land kommt.“*

[..] Samuel Schirmbeck lässt diese „muslimischen Freiheitssucher“, wie er sie nennt, in seinem Buch ausführlich zu Wort kommen. Etwa den Literaturwissenschaftler Abdelwahab Meddeb, der in einem gewalttätigen Fundamentalismus die „Krankheit des Islam“ ausmacht. Daran wurde Schirmbeck erinnert, als er wieder einmal nach Frankfurt flog, und neben ihm im Flugzeug ein junger Algerier saß.

*„Kaum waren wir über Marseille, fing er an, einen Monolog zu halten, wie toll der Koran ist, und wie der Islam für die Menschheit da ist und die beste Religion, und dass sie jedem gerecht wird und so weiter. Anderthalb Stunden lang. Sodass,*

*als das Flugzeug dann auf dem Rollfeld aufsetzte in Frankfurt, ich gesagt habe: Aber hier ist jetzt die Allah-Zone zu Ende. Und da kam es wie aus der Pistole geschossen: Nein, Monsieur, die Allah-Zone endet nie. Und da kriegte ich einen furchtbaren Schreck [..].“*

*(Auszug aus einem Beitrag bei [deutschlandradiokultur.de](http://deutschlandradiokultur.de))*

---



## **Video: Pegida am Reformationstag 2016**

Heute findet die Montags-Pegida in Dresden wegen des Reformationstages, der von evangelischen Christen in Deutschland und Österreich im Gedenken an die Reformation der Kirche durch Martin Luther gefeiert wird, ausnahmsweise schon um 13:30 Uhr statt. Für alle, die nicht dabei sein können oder dürfen, gibt es natürlich wieder eine Direktübertragung von der heutigen Veranstaltung am Postplatz.

---



# 55 Jahre Gastarbeiterabkommen mit der Türkei



Am 31. Oktober jährt sich zum 55. Mal (1961) die Unterzeichnung des Gastarbeiterabkommens zwischen Deutschland und der Türkei. Im Gegensatz zum gerne von [türkischer Seite](#) erzählten Mythos „Deutschland hat türkische Gastarbeiter nach dem Krieg geholt und diese haben das Land wieder aufgebaut“, ging der Wunsch nach einem Abkommen nicht von Deutschland aus, sondern von der Türkei.

Sowohl die [Türkei als auch die USA](#) hatten ein großes Interesse am Zustandekommen dieser Vereinbarung. Ein starkes Bevölkerungswachstum in der Türkei hatte zu hohen Arbeitslosenzahlen geführt. Diese hoffte man durch das Abkommen zu reduzieren. Außerdem sollten zurückkehrende Fachkräfte mit ihrem neu erworbenen Know-how die Effizienz der heimischen Industrie steigern. Ziel der USA war eine ökonomische Stabilisierung der Türkei, die 1952 in die NATO aufgenommen worden war.

Hierzu führt Dr. Stefan Luft in seinem 2006 erschienen Buch [“Abschied von Multikulti“](#) aus:

*Die Initiative für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen ging, was wenig bekannt ist, von der Türkei aus. Die Türkei hatte ein erhebliches Interesse daran, einen Teil der rasch anwachsenden Bevölkerung befristet als Gastarbeiter ins Ausland zu schicken. Neben der Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes versprach sie sich zu Recht dringend benötigte Deviseneinnahmen sowie einen Modernisierungsschub durch zurückkehrende Gastarbeiter, die sich entsprechende Qualifikationen angeeignet haben würden. Rund 77 Prozent der Erwerbstätigen waren damals in der Landwirtschaft tätig, nur etwa zehn Prozent in der Industrie. „Sowohl Anfang der sechziger Jahre als auch zu Beginn der siebziger Jahre war die Türkei darauf angewiesen, Arbeitskräfte ins Ausland zu schicken, da sie nur auf diese Weise die Arbeitslosigkeit im Lande reduzieren und mit Hilfe der regelmäßigen Gastarbeiterüberweisungen ihr hohes Außenhandelsdefizit ausgleichen konnte.“*

In Ihrem Buch [„Diplomatische Tauschgeschäfte. ‘Gastarbeiter’ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973“](#) führt Heike Knortz das Zustandekommen des Vertrages auch auf außenpolitischen Druck der USA zurück:

*Zunächst reagierte die Bundesregierung zurückhaltend auf das Angebot. Arbeitsminister Theodor Blank lehnte das Angebot zunächst ab. Da er die kulturell-religiöse Distanz und mögliche aus dieser resultierende Konflikte als zu groß einschätzte, des Weiteren bestünde zunächst auch kein Bedarf an türkischen Arbeitskräften, da das Potenzial an deutschen Arbeitslosen aus strukturschwachen Regionen noch nicht hinreichend ausgeschöpft sei. Aufgrund des außenpolitischen Drucks der USA, welche nach der geostrategisch motivierten Aufnahme der Türkei in die Nato dieses Land ökonomisch stabilisieren wollte, übernahm das bundesdeutsche*

*Außenministerium, im Gegensatz zum ursprünglich zuständigen Arbeitsministerium, die Verhandlungsführung mit der türkischen Republik. Bei Abschluss des Abkommens standen die außenpolitischen Ziele der Nato, sowie die innenpolitischen und wirtschaftlichen Ziele der Türkei im Vordergrund. Insbesondere erhoffte sich die Türkei einen Rückgang der hohen türkischen Arbeitslosenzahlen, welche durch ein dauerhaft über dem Wirtschaftswachstum liegendes Bevölkerungswachstum verursacht waren.*

Das Problem des explosionsartigen Anwachsens der eigenen Bevölkerung (von 1955 bis 1975 stieg die Bevölkerungszahl in der Türkei von 24 auf 40,2 Millionen Menschen) wurde zumindest damals noch von türkischer Seite aus offen zugegeben. Helmut Schmidt (SPD, deutscher Bundeskanzler 1974 bis 1982) berichtete in der Wochenzeitung "Die Zeit" (Heft "Zeitpunkte", Nr. 1/1993) über ein Schlüsselerlebnis mit dem türkischen Ministerpräsidenten Demirel:

*Ich kann mich gut daran erinnern, als ich ihn das erste Mal traf. Das muss anderthalb Jahrzehnte her sein. Wir trafen uns in Ankara. Er war damals Regierungschef und hat zu mir gesagt: „Wissen Sie, Herr Schmidt, bis zum Ende des Jahrhunderts müssen wir noch fünfzehn Millionen Türken nach Deutschland exportieren.“ Und ich habe zu ihm gesagt: „Das wird nicht stattfinden, das werden wir nicht zulassen.“ Da hat er gesagt: „Warten Sie mal ab. Wir produzieren die Kinder und Ihr werdet sie aufnehmen.“*

Es ließen sich von 1961 bis 1973 viermal so viele Bewerber bei der „Deutschen Verbindungsstelle“ der Bundesanstalt für Arbeit registrieren, wie tatsächlich nach Deutschland vermittelt werden konnten. Neben den Überweisungen der Gastarbeiter und der Verbesserung der türkischen Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoffte sich die Türkei auch durch die Rückkehr der in Deutschland mit moderneren

Produktionstechniken vertraut gewordenen Arbeitskräften im Rahmen des vereinbarten zweijährigen Rotationsprinzips eine Effizienzsteigerung der eigenen Industrie (Know-How-Transfer). Aufgrund der Vertragsbedingungen, insbesondere des vereinbarten zweijährigen Rotationsprinzips, gab es keine Überlegungen oder gar Planungen hinsichtlich einer dauerhaften Ansiedlung der türkischen Zuwanderer, denn dies war in den Vertragsbedingungen explizit nicht vorgesehen.

Weiterführende Links:

- » [Tobias Heinz: Beitrag der Gastarbeiter](#) zum Wiederaufbau Deutschlands
- » 50 Jahre Anwerbeabkommen – [Grund zu Feiern?](#)
- » [Necla Kelek: Almancis](#) haben Türkei gerettet



## **Erfolgreiche erste „Demo für alle“ in Hessen**



Mit der ersten „[Demo](#)

[für alle](#)“ hat in der Landeshauptstadt Wiesbaden am sonnigen letzten Oktobersonntag nun auch in Hessen der Kampf auf der Straße gegen die neuen Richtlinien der schwarz-grünen Landesregierung für die Sexualerziehung in den Schulen von Kassel bis Darmstadt begonnen. Mit knapp 2.000 von den Organisatoren gezählten Teilnehmern, darunter etlichen Kindern, wurde die Veranstaltung trotz Diffamierungen in Medien, vorheriger Gegendemonstration eines breiten links-grünen Bündnisses und Gewaltandrohungen der Linksfaschisten ein Erfolg. Dieser wird vor allem der hessischen CDU zu denken geben, deren Kultusminister Alexander Lorz die von Gender- und „Vielfalt“-Ideologie geprägten Richtlinien zur Indoktrination von Schülern zu verantworten hat.

*(Von Wolfgang Hübner, Frankfurt)*

Das gilt umso mehr, weil die rührige Organisatorin und Moderatorin der „Demo für alle“-Kundgebung auf dem Luisenplatz, [Hedwig von Beverfoerde](#), ebenfalls der CDU angehört. Das dürfte ebenso für etliche Teilnehmer gegolten haben, die zumindest bislang treue Wähler dieser Partei waren. Stark vertreten waren zudem Personen und Familien aus christlichen Kreisen; AfD-Mitglieder zeigten sich ebenso wie konservative türkischstämmige Bürger. Die Reden auf der Kundgebung waren in der Regel informativ und engagiert, lediglich eine Rednerin mit bekennendem christlichen Glauben überdrehte zeitweise sowohl stimmlich wie argumentativ, was ihrem Anliegen eher schadete.

Den prägnantesten Beitrag lieferte der Frankfurter katholische Publizist Mathias von Gersdorff:

Er machte deutlich, dass die gegen den Willen der Landeselternvertretung durchgepeitschten Richtlinien nicht viel besser würden, wenn statt zu „Akzeptanz“ homosexueller und anderer spezieller sexueller Lebensweisen lediglich zu „Toleranz“ in den Schulen erzogen würde. Denn Gersdorf sieht die eigentliche Gefahr in dem Ziel der „sexuellen Vielfalt“. Das klinge zwar erst einmal harmlos und sympathisch, beinhalte jedoch die völlige Relativierung und geradezu provokative Abstufung des Mehrheitsverhaltens, also der sexuellen Beziehung zwischen Mann und Frau, von Ehe und Normalfamilie als Keimzelle von Gesellschaft und Garant der Zukunft. Das alles solle nur noch unter vielen Möglichkeiten rangieren, ein erfülltes Sexual- und Partnerleben zu finden.

Bei der großen Mehrheit der Teilnehmer der Wiesbadener „Demo für alle“ gibt es fraglos die Bereitschaft, auch sexuelle Orientierungen und Lebensweisen von Minderheiten zu tolerieren. Alles andere wäre auch sektiererisch und rückwärtsgewandt. Doch herrscht bei einer wachsenden Zahl von Bürgern der Wille, sich als überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung nicht von der politisch gut vernetzten, inzwischen sehr einflussreichen schwul-lesbischen Lobby in eine Nebenrolle drängen zu lassen. Mehrere Rednerinnen und Redner riefen zum aktiven Widerstand gegen die Anmaßung von Staat und Politik auf, die „Lufthoheit“ über Kinderseelen zu bekommen und besser als Eltern wissen zu wollen, was Schülern über sexuelle Orientierungen und Praktiken von Minderheiten zu erfahren haben.

Zwei Stunden vor der „Demo für alle“ hatten in Wiesbaden rund 1.500 Menschen für „Akzeptanz und Vielfalt“ demonstriert. Aufgerufen dazu hatten mehr als 80 Organisationen, darunter SPD, Grüne, sowie unter vielen anderen die „Lesben und Schwulen in der Union“, also der CDU. Dabei waren ungehindert



agierend auch die vor allem aus Frankfurt angereisten Linksfaschisten („Antifa“). Auf der Demonstration des Bündnisses ertönten Sprechchöre wie „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“. Die Kundgebung wurde von linken und grünen Rednern dominiert.

Die trotz umfangreicher Mobilisierung geringe Zahl der Teilnehmer zeigte, dass sich weder die SPD-Basis und noch nicht einmal diejenige der minderheitenfreudigen Grünen nennenswert für „Akzeptanz und Vielfalt“ mobilisieren ließ. Nach Abschluss der Veranstaltung kam es zu einigen Ausschreitungen der Linksfaschisten. Massive Polizeikräfte verhinderten aber Gewalttaten gegenüber Teilnehmern von „Demo für alle“. Diese waren in Wiesbaden klarer Punksieger über jene Kräfte, die das Geschlecht von Menschen nicht mehr biologisch, sondern sozial und kulturell bestimmt sehen wollen. Langfristig werden diese betont aggressiv und intolerant auftretenden Kräfte ohnehin verlieren: Sie setzen entweder keine oder nur sehr wenige Nachkommen in die Welt.

» Weitere Infos und Fotos [von der „Demo für alle“ hier](#)

---

## **WELT: Bürger weichen den Rechtsstaat auf**

Wie tief ein talentierter Journalist sinken kann, wenn er für die Lügenpresse arbeitet, zeigt ein aktuelles Beispiel aus der [WELT](#). Nicht nur, dass der „Investigativjournalist“ Florian Flade den Blickwinkel der Terrormiliz IS einnimmt, er beschimpft auch noch die deutschen Bürger. Kritik an den politischen Verhältnissen, die unsere Sicherheitslage verschlechtern haben, gibt es hingegen nicht.

## Florian Flade, der IS-Versteher:

*Dem IS geht es nicht darum, Deutschland zu erobern, die schwarze Flagge über dem Bundestag zu hissen und die Scharia einzuführen. Er hat die Bruchstellen westlicher Gesellschaften sehr genau analysiert. Er kennt Pegida und AfD, beobachtet die wachsende Islamophobie und rechte Gewalt, die Debatten über Flüchtlinge, Migration und Ausländerkriminalität. Genau auf diese gesellschaftlichen Brüche, Gräben und Belastungen zielt er ab.*

*Die Terroristen wollen die Polarisierung und Spaltung weiter vorantreiben, wollen Muslime und Nichtmuslime gegeneinander aufhetzen, Hass entfachen und politische Überreaktionen auslösen. Islam und Terrorismus sollen als Einheit gesehen werden. Muslime sollen diskriminiert werden und sich schließlich dem IS zuwenden.*

*Im nächsten Jahr wird in Deutschland gewählt, das weiß der IS. Es ist sicherlich kein Zufall, dass Dschihadisten als Flüchtlinge getarnt eingeschleust wurden, dass die Attentäter von Würzburg und Ansbach radikalisierte Asylbewerber waren und dass ein Syrer in Sachsen an einer Bombe bastelte.*

*Angela Merkel betont, der IS-Terrorismus sei kein Phänomen, „das durch die Flüchtlinge zu uns gekommen ist“. Der IS wird bis zur Bundestagswahl alles daran setzen, das genaue Gegenteil zu beweisen.*

## Florian Flade, der dazu auffordert, sich unter das Joch des IS zu begeben:

*Deutschland muss sich wohl oder übel an derartige dschihadistische Gewalttaten gewöhnen, selbst wenn der IS demnächst Mossul und auch Rakka verlieren wird.*

*Es wird schlimmer und noch grausamer werden, darauf sollte man gefasst sein.*

*Paris, Brüssel, Hannover, Magnanville, Nizza, Würzburg, Ansbach, St.-Étienne-du-Rouvray. Die Liste wird noch länger werden – und die Ziele immer weicher und beliebiger.*

Florian Flade, der Bürgerbeschimpfer:

*Die größte Herausforderung ist dabei nicht, dass Polizei, Verfassungsschutz oder BND den nächsten Anschlag verhindern, sondern dass die Gesellschaft sich nicht auf das gefährliche Spiel der Dschihadisten einlässt.*

*Es geht um den Zusammenbruch der liberalen, pluralistischen Gesellschaft. Darum, dass die Bürger aus Angst ihre Werte verraten und den Rechtsstaat aufweichen.*

Florian Flade hat viele informative Artikel geschrieben, doch jetzt ist er offenbar ein Opfer der staatlich verordneten Gehirnwäsche geworden. Ein Merkel-Opfer, wie es sie zuhauf unter den Medienschaffenden gibt. Wie sonst kommt man auf die Idee, die Tatsachen zu verdrehen und den Bürgern eine Aufweichung des Rechtsstaats anzudichten?

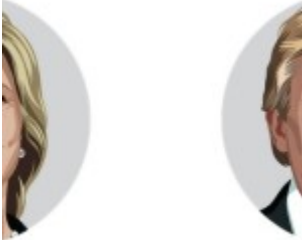
Flade und viele andere haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Es war Merkel, die am 8. Oktober 2015 sagte:

*„Und jetzt will ich vielleicht noch mal deutlich machen, es liegt ja nicht in meiner Macht, es liegt überhaupt in der Macht keines Menschen aus Deutschland, wie viele zu uns kommen.“*

PI schrieb damals, Merkel sei ein Fall für den Generalbundesanwalt. Merkel hat bis heute keine nachvollziehbare Erklärung zu ihrer einsamen Entscheidung vom 4. September 2015 und dem darauffolgenden mysteriösen Offenbarungseid geliefert. Es gab nichts außer pseudoreligiöser Ausflüchte. Und noch immer sind die Grenzen nicht zu. Es gibt mittlerweile mehr als 500.000

Ausreisepflichtige und bis zu 520.000 Abgetauchte. Aufgabe der Presse ist es, zu eruieren, womit diese irre Entscheidung zu tun haben könnte und dazu kritische Fragen zu stellen.

---



## Clintons Umfragewerte brechen dramatisch ein

46%



45%

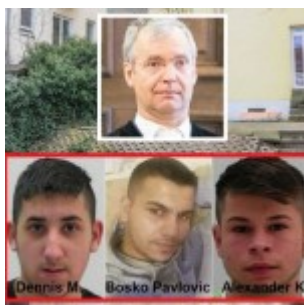
Der Einbruch könnte dramatischer kaum sein: Zehn Tage vor der US-Präsidentschaftswahl liegt Hillary Clinton nur noch einen Punkt vor ihrem Rivalen Donald Trump. In einer am Sonntag veröffentlichten Erhebung des TV-Senders [ABC News](#) in Kooperation mit der [„Washington Post“](#) kam die demokratische Kandidatin nur auf 46 Prozent, Trump dagegen auf 45 Prozent. Der Kandidat der Liberalen, Gary Johnson, käme in dieser Umfrage auf vier Prozent, der Grüne Jill Stein auf zwei Prozent.

In einer direkten Wahl zwischen Trump und Clinton vereint die Demokratin noch 49 Prozent der Wählerstimmen hinter sich, Trump 46. Demnach hätte rund ein Drittel der unentschlossenen Wähler gesagt, dass sie sich im Zuge der neuen FBI-Erkenntnisse nicht mehr für Clinton entscheiden würden. Für

die Erhebung wurden 1.268 Wahlberechtigte zwischen dem 25. und 28. Oktober befragt. Inklusiv des Freitags, als FBI-Chef James Comey die Clinton-Affäre wieder aufflammen ließ. [...]

(Quelle: [WELT](#))

---



## Nach Skandalurteil Vergewaltiger untergetaucht

☒ Nachdem das Hamburger Landgericht drei der vier serbischen Vergewaltiger einer 14-Jährigen mit Bewährungsstrafen nach Hause schickte ([PI berichtete](#)) und nur der 21-jährige Bosko Pavlovic zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, nutzten die drei anderen Hoffnungsträger des Kuschelrichters ihre Gelegenheit und sind offenbar untergetaucht, ehe sie sich einem angekündigten Revisionsverfahren stellen müssen. Der Clan der Täter hatte noch im Gerichtssaal das lächerliche Urteil von Richter Georg Halbach (kl. Foto, oben) mit euphorischem Gegröle quittiert. Die vier Serben hatten das Mädchen bei Eiseskälte nach Gebrauch wie einen Müllsack im Hinterhof (Foto) entsorgt.

Nach dem Skandalurteil kündigte die Staatsanwaltschaft Revision an, bei der die jugendlichen Vergewaltiger mit bis zu 2,5 Jahre Haft rechnen müssten. Dass diese das nicht abwarten würden wollen, war abzusehen. Doch der täteraffine Richter sah

bei Dennis M., (14), Alexander K. (16) und Zivorad S. (17) keine akute Fluchtgefahr, deshalb wurde auch die Untersuchungshaft aufgehoben. Diese Einschätzung war ebenso wie das Urteil eine glatte richterliche Fehlleistung und absolutes Justizversagen. Die Familie ist mittlerweile [aus der Tatort-Wohnung ausgezogen](#), wo sich die drei Serben aufhalten, ist unbekannt. (lsg)